Zeszyty Naukowe
Wyższej Szkoły Bankowej w Poznaniu
2016, t. 68, nr 3

Piotr Pysz

Wyższa Szkoła Finansów i Zarządzania w Białymstoku
Hochschule für Wirtschaft und Technik Vechta/Diepholz/Oldenburg
e-mail: pyszpiotr@googlemail.com
Telefon 85 678 58 23, 0049 4441915/100

Braucht Europa eine Soziale Marktwirtschaft?

Zusammenfassung. *Der vorliegende Text greift die Fragestellung auf, ob die ursprünglich maßgebend von Ludwig Erhard in Westdeutschland der Nachkriegsdekaden geprägte wirtschaftspolitische Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft auch für das krisengeschüttelte Europa der Gegenwart eine Orientierungshilfe sein könnte? Die Überlegungen des Verfassers führen zur grundsätzlich bejahenden Antwort. Die konsequente Umsetzung der Politik der Sozialen Marktwirtschaft könnte dem vereinten Europa durch Implementierung der Triade der französischen Revolution – Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität – seine Identität und wirtschaftliche wie auch soziale Stabilität wieder zurückgeben. Offene Frage bleibt jedoch, ob es dafür in Europa einen genug starken politischen Willen und ausreichend politische Stärke gibt.*

Schlüsselwörter: *Europa, Historische Schule der Nationalökonomie, Ordoliberalismus, Soziale Marktwirtschaft, Wirtschaftsordnung*

Einführung

Die Antwort auf die oben gestellte Frage muss im Kontext des gegenwärtigen Stands und der Entwicklungstendenzen in der globalisierten Weltwirtschaft gesucht werden. Die Europäische Union (EU) bildet zwar neben den Vereinigten Staaten immer noch den mächtigsten Wirtschaftsblock der Welt, aber sie ist durch intensive Handels- und Kapitalströme mit dem „Rest der Welt“ in die weltweiten Entwicklungen und Probleme stark eingebunden. Denn sie ist ein integraler Be-

standteil der Weltwirtschaft als Ganzes und muss so auch in weiteren Überlegungen aufgefasst werden. Somit kann die obige Fragestellung konkretisiert werden: Braucht Europa im 21. Jahrhundert die Soziale Marktwirtschaft?

Allgemein kann festgestellt werden, dass die Veränderungen im Ordnungsrahmen der Weltwirtschaft geben Anlass zur Beunruhigung und sogar zu ernsten Befürchtungen. Der Ordnungsrahmen der Weltwirtschaft scheint allmählich paradoxerweise in Richtung auf Unordnung, Chaos und Anarchie zu driften. Erwähnter Drift tritt mit unterschiedlicher Intensität in einzelnen Weltregionen auf. Dabei gehören West- und Mitteleuropa noch immer zu den stabilsten Regionen der deutlich unruhiger und unstabiler gewordenen Welt. In der Fachliteratur wurde das Thema von mehreren Autoren aufgegriffen. Erwähnenswert ist hier vor allem das Buch des weltbekannten amerikanischen Wissenschaftlers und Politikers Henry Kissinger unter dem Titel *World Order*. Der Harvard Professor Niall Ferguson veröffentlichte ein Werk über Niedergang der Institutionen in der westlichen Welt [Ferguson 2012]. Zu weiteren bedeutenden Arbeiten dieser Richtung zählt das Buch des renommierten deutschen Soziologen Wolfgang Streeck *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus* [Streeck 2013]. Die Schlüsselthese dieses Werks ist, dass der demokratische Kapitalismus sich vor der nächsten Weltkrise durch überreichliche Versorgung der Volkswirtschaften mit Geld nur etwas Zeit erkauft habe. In Kreisen der akademischen Denker sind die Befürchtungen hinsichtlich der Zukunftsaussichten der Menschheit weit verbreitet. Dies bezieht sich erstaunlicherweise auch auf Francis Fukuyama. Der durch die These vom „Ende der Geschichte" berühmt (eher berüchtigt) gewordene amerikanischer Politikwissenschaftler hat inzwischen den Traum von ewiger Existenz der freien Marktwirtschaft und des demokratischen Parlamentarismus als Modell für die ganze Welt aufgegeben. Demzufolge befasst sich sein neues Buch *Political Order and Political Decay* mit Verfall von politischen Ordnungen [Fukuyama 2014].

In diesem eher pessimistischen Kontext ist als Erklärungsansatz der Standpunkt des führenden deutschen Philosophen der Gegenwart, Peter Sloterdijk, hilfreich. Im Jahr 2014 veröffentlichte er das Buch *Die schrecklichen Kinder der Neuzeit* [Sloterdijk 2015]. Der Autor behauptet, dass der moderne Mensch eine in den vorher lebenden Generationen vorhandene Balance zwischen der Zukunft und Vergangenheit weitgehend verloren hat. Die Tradition spielt für ihn gar keine oder im besten Falle eine nur untergeordnete Rolle. Vor allem schränkt dies die Übertragung von moralischen Normen sowie wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Spielregeln aus der Vergangenheit in die Gegenwart und Zukunft. Die Erbschaft, die jede Generation von seinen Vorgänger in dieser Form erhalten hat, verlor zumindest teilweise an Bedeutung. Sloterdijk bedient sich des im diesen Zusammenhang zutreffenden Begriffs der Enterbung. Die zeitgenössische und die künftigen Generationen werden also ins wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben entlassen, ohne die in der Vergangenheit übliche Ausstattung mit Weisheiten und dem

Erfahrungsschatz ihrer Vorgänger. Dies hat weitreichende ordnungspolitische Folgen. Der von Friedrich August von Hayek beschriebene als Erklärungsansatz Prozess der Bildung im Rahmen der marktmäßigen Interaktionen von spontanen Ordnungselementen wird dadurch erheblich beeinträchtigt [von Hayek 1983: 69-78]. Infolge steigt die Bedeutung der gesetzten Ordnungselemente (Walter Eucken), die von den politischen Machtorganen gestaltet werden.

Die moderne Welt erscheint Sloterdijk wie ein gigantisches Labor in dem fast alle Beschäftigten mit verschiedenen auf die Zukunft bezogenen Experimenten befasst sind. Dies weckt gewisse Assoziationen mit dem kalifornischen Silicon Valley. Diese experimentelle Welt der Neuzeit muss allerdings auch kritisch hinterfragt werden, weil die gesamte Vergangenheit, der bisherige kulturelle und historische Entwicklungspfad, gaben der Welt und den einzelnen Ländern einen gewissen Grad des Gleichgewichts und der Stabilität. An der Wende des 20. und 21. Jahrhunderts ist die Welt aber in die Phase des Ungleichgewicht und permanenter Instabilität übergegangen. Der Philosoph bedient sich zur Illustration einer Metapher. Man könne sich diese Welt vorstellen als ein auf der Höhe von 12.000 Metern fliegendes Passagierflugzeug, ohne Aussicht auf eine Landung. Am Bord beschießen sich Gruppen von Mafiosi und die unter den Passagieren sich befindenden Ingenieure sollen das Flugzeug noch während des Fluges reparieren. Wie kann es in der Zukunft mit der Erde, dem gemeinsamen Flugzeug der ganzen Menschheit, weiter gehen?

Die Metapher Sloterdijks deutet indirekt auf das offensichtliche Versagen der neoklassischen Theorie sowie der auf ihr fußenden neoliberalen Doktrin als Wegweiser für die Wirtschaftspolitik in den Dekaden bis zur Weltwirtschaftskrise 2007-2009 hin. In der „New York Times“ formulierte im Krisenjahr 2009 diesen Gedanken Paul Krugman: „Die Nationalökonomie ist auf Irrwege geraten, weil die Ökonomen die Suche nach Wahrheit der Schönheit ihrer formalen Modelle geopfert haben“ [Krugman 2009]. Der US-amerikanische Intellektuelle Walter Lippmann vertrat schon in den dreißiger Jahren des 20. Jahrhundert die These, dass die Hauptursache aller Misserfolge des Liberalismus in der Vergangenheit darin lag, dass man sich einseitig auf die Freiheit auf dem Markt konzentrierte. Seiner Meinung nach wurde dabei vernachlässigt, eine marktwirtschaftliche Rahmenordnung zu gestalten, die nicht nur der Bereicherung von einzelnen Individuen, sondern den Interessen der ganzen Gesellschaft, oder zumindest der Mehrheit ihrer Mitglieder, dient. Auch im 21. Jahrhundert spiegelt seine These das Dilemma des liberalen ökonomischen Denkens wider. Während im Rahmen der neoliberalen Strömung die Lippmann’sche These keine Beachtung findet und sich der Fehler des Kampfs um Freiheit ohne Ordnung wiederholt, ist der Ordoliberalismus und die mit ihm im Zusammenhang stehende Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft programmatisch auf Freiheit und Verantwortung des Menschen im geordneten Ordnungsrahmen der allgemein gültigen Spielregeln ausgerichtet.

1. Ordoliberalismus, historische Schule der Nationalökonomie und Soziale Marktwirtschaft

Die von dem Ordnungsrahmen der Wirtschaft abstrahierende neoklassisch/neoliberale Betrachtung des Wirtschaftsprozesses bewirkt, dass sich die Theorie von der Realität entfernt. Die Analyse der marktmäßigen Verhaltensweisen von Individuen im Ordnungsrahmen erfordert eine Verbindung der Forschungsansätze des methodologischen Individualismus sowie methodologischen Holismus. Der methodologische Individualismus erweist sich als nützlich, wenn es um die Analyse der Verhaltensweisen und Interaktionen geht, mit denen die Wirtschaftssubjekte versuchen, ihre individuellen Interessen durchzusetzen. Der methodologische Holismus erweist sich wiederum unentbehrlich bei der Analyse der existierenden bzw. erwünschten Spielregeln, die die Gesamtheit der Wirtschaftsordnung bilden. Eucken stellte in Bezug auf die Wechselwirkung zwischen den Verhaltensweisen auf den Märkten (Individualismus) und der Wirtschaftsordnung (Holismus) fest: „Freiheit und Ordnung sind kein Gegensatz. Sie bedingen einander. Ordnen heißt, in Freiheit ordnen. Wenn man einen Prozess ordnet, so bedeutet das, dass man die Faktoren, die ihn bestimmen, so gestaltet, dass er sich von selbst in der gewünschten Richtung vollzieht“ [Eucken 2004: 179].

In den letzten Jahren wird immer mehr anerkannt, dass die Weltwirtschaftskrise 2007-2009 mit ihren bis in die Gegenwart reichenden Folgen keine typische konjunkturelle Krise, sondern eine fundamentale Krise der Wirtschaft und Gesellschaft war, die ihre Wurzeln in der Ordnung, bzw. präziser gesagt, Unordnung des weltweiten Kapitalismus hat. Nach solcher Diagnose stellt sich die Therapiefrage. Die diesbezügliche weltweite Diskussion ist im Gange. Trotzdem bleibt die Frage nach den notwendigen ordnungspolitischen Therapiemaßnahmen immer noch unbeantwortet. Die offensichtlichen Fehlfunktionen in der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung vieler hochentwickelter Länder bewirkten, dass Ordoliberalismus auf ein immer größeres Interesse stößt. Denn „Ordo“ bedeutet in größter Vereinfachung eine funktionstüchtige und stabile Ordnung, die den an sie gestellten materiellen und gesellschaftlichen Anforderungen genügt. Unordnung, Chaos und Anarchie in der Weltwirtschaft und in den einzelnen Ländern erzeugen ein natürliches Bedürfnis nach Maßnahmen zur Ordnung der bestehenden dysfunktionalen und oft krass ungerechten Verhältnisse.

Um Chaos, Unordnung und sich in der Welt und in Europa verbreitende Elemente der Anarchie zu überwinden, ist u. a. eine Umorientierung der Wirtschaftspolitik von Neoklassik und der neoliberalen Doktrin auf die seinerzeit von dem deutschen Denker, Max Weber, empfohlene Denkweise in den Kategorien der Ordnung und Rationalität erforderlich. Dabei sollen sowohl die Verhaltensweisen der Individuen und das historische Gedächtnis der Gesellschaften berücksichtigt werden. Die theoretisch-konzeptionelle Grundlage und Ausgangsposition dafür

bietet die erwähnte historische Schule sowie der aus ihr in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts sich entwickelnde Ordoliberalismus. In welchem Maße sich die Ideen von Erhard, Eucken, aber auch Wilhelm Röpke und Alexander Rüstow für die aktuelle Wirtschaftspolitik als nützlich erweisen werden, wird die Zukunft zeigen. Ein unverzeihbarer Fehler wäre aber von diesem Erfahrungsschatz profunder ökonomischer und gesellschaftspolitischer Ideen keinen Gebrauch zu machen. Auf diese Tatsache weist u. a. das 2015 erschienenes Buch, eines persönlichen wissenschaftlichen Mitarbeiters von Erhard und Assistenten von Hayek, Horst Friedrich Wünsche, unter dem Titel *Ludwig Erhards Soziale Marktwirtschaft – Wissenschaftliche Grundlagen und politische Fehldeutungen* hin.

Der Ordnungsgedanke hat im deutschsprachigen Raum eine Geschichte. Die ersten Deklarationen der Vertreter des neuen deutschen Liberalismus wurden während der Großen Depression zwischen 1929 und 1933 verfasst. Es handelt sich um die Rede Rüstows beim Kongress des Vereins für Socialpolitik im Jahr 1932 in Dresden und den im gleichen Jahr veröffentlichten programmatischen Aufsatz von Eucken *Staatliche Strukturwandlungen und die Krisis des Kapitalismus*. Beide Denker weisen darauf hin, dass es notwendig ist den von sozialistischen und keynesianischen Ideen an den Rand der wissenschaftlichen Diskussion verdrängten klassischen Liberalismus zu revitalisieren. Im Zusammenhang damit tauchte die Implementierungsfrage auf. Wie kann diese Idee umgesetzt werden?

In Anlehnung an die Denkweise der deutschen historischen Schule der Nationalökonomie sehen Eucken und Rüstow den Staat nicht als Bedrohung des Liberalismus, sondern als seinen unentbehrlichen Unterstützer. Ihr prinzipieller Standpunkt ist, dass der Staat über den einzelnen wirtschaftlichen Interessen stehen muss und aus Position der Stärke heraus Ordnungspolitik betreiben, das heißt, er soll die allgemein verbindlichen institutionellen Rahmenbedingungen des Wirtschaftsgeschehens auf den Märkten festlegen. Dies steht im Gegensatz zur klassischen liberalen *Laissez-faire* Doktrin, die Marktmechanismus sowohl die Gestaltung des wirtschaftlichen Ablaufs als auch der ordnungspolitischen Rahmenbedingungen der Wirtschaft überlassen wollte. Aus Sicht von Eucken und Rüstow für die letzte Aufgabe soll jedoch vor allem der Staat zuständig sein. Die damit verbundene Intention bringt Röpke deutlich zum Ausdruck. „Der Staat muß aber […] seine Aufgabe klar erkennen: den Kapitalismus gegen die Kapitalisten zu verteidigen, sooft sie versuchen, sich einen bequemeren Weg als den durch das Leistungsprinzip vorgezeichneten zur Rentabilität zu bahnen und ihre Verluste auf die Allgemeinheit abzuwälzen“ [Röpke 1994: 305].

Im Jahr 1946 ging aus einem Gespräch zwischen Eucken und dem Verleger Heinz Küpper die Idee hervor, eine wissenschaftliche Zeitschrift zu gründen, in der die Problematik einer marktwirtschaftlichen Ordnung diskutiert werden sollte. Diese Zeitschrift erscheint bis zum heutigen Tag als Jahrbuch unter dem Namen *ORDO. Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft*. Der Begriff

„Ordo“ erschien im Verlauf der Jahre so attraktiv, dass die deutschen Liberalen sich vom ursprünglichen Begriff des Neoliberalismus allmählich abwandten und sich als Ordoliberale bezeichneten. Den endgültigen Durchbruch der ordoliberalen Ideen sicherte in Westdeutschland aber vor allem der Erfolg der Wirtschafts- und Währungsreform 1948 und die damals Schritt auf Schritt eingeleitete Politik der Sozialen Marktwirtschaft unter Erhard, dem langjährigen Wirtschaftsminister der Bundesrepublik Deutschland. Diese Politik ermöglichte im Zeitraum 1948-1966 eine Entwicklung, die wegen ihrer außergewöhnlichen Prosperität als *Wirtschaftswunder* bezeichnet wird.

Über den wirtschaftspolitischen „Zauberer“ äußerte sich seinerzeit von Hayek folgendermaßen: „(Deutschland hatte nach dem Kriege) das ungeheure Glück, an der entscheidenden Stelle ein – ich möchte sagen – Naturtalent zu haben. Unter allen Ökonomen, die ich gekannt habe, von denen viele theoretisch viel feinsinniger und verständnisvoller waren, bin ich keinem anderen Mann begegnet, der einen solchen Instinkt für das, was richtig ist, gehabt hat wie Ludwig Erhard“ [Zitiert nach: Habermann 2000: 195]. Es ist eine wahre List der Geschichte, dass der Mann, der dem Ordoliberalismus zum Durchbruch verholfen hat, im engen Sinne dieses Wortes kein ordoliberaler Denker war. Dies erschwerte auch beachtlich die adäquate Einschätzung des theoretischen Fundaments seines wirtschaftspolitischen Tuns und führte zur der bei von Hayek und anderen sichtbaren Neigung seine Erfolge mit genialer Intuition zu erklären. Dies scheint jedoch höchstens nur die sprichwörtliche „halbe Wahrheit“ zu sein. Die zweite Hälfte bildet die Tatsache, dass Erhard seine theoretische Basis vorwiegend in der damals schon für veraltet und überholt gehaltenen historischen Schule der Nationalökonomie hatte.[1] Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs war die negative Einschätzung dieser Denkschule eine gängige Meinung. Diese Meinung hält sich etwas abgeschwächt bis in die Gegenwart. Dieses gravierende theoretisch-historische Problem greift in dem vorher erwähnten Buch Wünsche auf.

Ohne die Formulierung eines „Columbus Fehler“ zu gebrauchen weist Wünsche darauf hin, dass die Mehrheit der sich mit der Sozialen Marktwirtschaft befassenden Forscher einem solchen Fehler unterlag. Denn sie gingen von der Annahme aus, dass die geistige Quelle dieser wirtschaftspolitischen Konzeption im Ordoliberalismus zu finden ist. Gemäß dem Verfasser war es in der Wirklichkeit jedoch anders. Er weist darauf hin, dass Erhard das theoretische Fundament für die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft vor allem in historischer Schule der Nationalökonomie fand. Während seines Studiums 1919-1923 an der Handelshochschule Nürnberg waren die akademischen Lehrer vorwiegend Vertreter dieser Denkrichtung, weil diese Hochschule zu dieser Zeit als ein Refugium für

[1] Auf die Bedeutung der historischen Schule der Nationalökonomie für die Entstehung der Sozialen Marktwirtschaft in Westdeutschland weist mit Nachdruck Justyna Bokajło im unveröffentlichten manuskript *Niemcy i ich Społeczna Gospodarka Rynkowa*, Wrocław 2015.

Epigonen der historischen Schule bezeichnet werden kann [Wünsche 2015: 125]. Nach Nennung der Namen von Wilhelm Rieger, Karl Theodor von Eheberg, Adolf Günther und Franz Oppenheimer (der letzte war allerdings tätig an der Universität Frankfurt/M.) formuliert Wünsche die These: „Sie haben die Grundlagen für Erhards Soziale Marktwirtschaft gelegt. Allerdings geschah das auf recht unterschiedliche Weise und in unterschiedlichen Bereichen“ [Wünsche 2015: 363].

Die Tendenz zur Verbindung der wissenschaftlichen Überlegungen zum Thema der Marktwirtschaft mit dem Begriff des Sozialen tauchte im deutschsprachigen Raum an der Wende des 19. und 20. Jahrhunderts auf. Ihren Ausgangspunkt bildete die tief in der historischen Schule verwurzelte Überzeugung, dass die Marktwirtschaft kein völlig unabhängiges Subsystem von der Gesellschaft als Ganzes ist und auch nicht sein kann. Im Gegenteil, die Marktwirtschaft wurde interpretiert als zwar teilweise autonomer, aber zugleich auch integraler Bestandteil der Gesellschaft. „Im Gegensatz zur modernen Nationalökonomie ging es der historischen Schule vorzugsweise um die sozialen Konsequenzen des Wirtschaftens und in politischer Hinsicht um die Frage, wie sich der soziale Frieden in prosperierenden und sich wandelnden Gesellschaften erreichen und wahren lässt. […] Die historische Schule hat Wirtschaften als ein in die staatliche Ordnung eingefügtes, von Recht und Sitte geprägtes Phänomen betrachtet. […] Die historische Schule hat die Mitte des 19. Jahrhunderts übliche manchesterliche Betrachtungsweise durch eine »psychologisch-ethische Sicht ersetzt«“ [Wünsche 2015: 136-137]. Erhard sah in der Hervorhebung von Psychologie und Ethik eine Anknüpfung der historischen Schule an das erste große Werk von Adam Smith, die 1759 veröffentlichte *Theorie der ethischen Gefühle*. Für Erhard erschien das erste Werk Smith sogar bedeutender als der 17 Jahre später erschienene und viel berühmter gewordene *Wohlstand der Nationen*. Aus seiner Sicht war besonders relevant, dass in der „*Theorie*“ ihr Verfasser die sozialethischen Prinzipien dargestellt hat, die eine stabile Gesellschaft konstituieren. Es ging ihm um eine Gesellschaft, in der die angestrebte Stabilität durch wirtschaftliches Handeln gesichert wird, das sich durch gegenseitige Achtung und Respekt sowie allgemeine Sympathie der Wirtschaftsakteure zueinander auszeichnet [Wünsche 2015: 137].

Die Präferenz für gesellschaftspolitische Stabilität kann eine Erklärung für die Abneigung des westdeutschen Wirtschaftsministers hinsichtlich der Festlegung von Wachstumszielen gemessen in Bruttoinlandsprodukt und/oder anderen makroökonomischen Indikatoren liefern. Erhard war überzeugt, dass in einer freien Gesellschaft mit Marktwirtschaft und Privateigentum das Wirtschaftswachstum ergibt sich von selbst als Ausdruck des Willens freier Menschen die materiellen Bedingungen ihrer Existenz zu verbessern. Wirtschaftswachstum wurde von ihm als Nebenprodukt des Wirtschaftens angesehen. Folgerichtig wurde in den letzten Monaten der Kanzlerschaft Erhards ein *Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der wirtschaftlichen Stabilität* von der Bundesregierung vorbereitet und verab-

schiedet. Nach dem Rücktritt Erhards vom Kanzleramt am 30. November 1966 sind die parlamentarischen Beratungen des Gesetzes unterbrochen worden. Die neue Regierung der Großen Koalition mit ihrem Wirtschaftsminister und überzeugten Keynesianer, Karl Schiller, gab dem Gesetz einen veränderten Namen *Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft* [Wünsche 2011, Heft 3: 6-7].

Die vorher erwähnte Präferenz für stabile gesellschaftspolitische Verhältnisse muss bei Erhard im Zusammenhang mit menschlicher Freiheit als dem Leitbild seiner Politik betrachtet werden. Den Freiheitsbegriff interpretiert Erhard allerdings viel umfassender als die neoklassische Theorie, die ins Zentrum ihrer Forschungsprogramme die freie Wahl von wirtschaftlichen Alternativen stellt. Erhard geht weit über rein ökonomische Aspekte der menschlichen Freiheit. Die Freiheit des wirtschaftenden Individuums hat für ihn integralen Charakter, d. h. sie ist nicht trennbar in verschiedene Aspekte. Die Freiheit ist für Erhard ein Fundament der Marktwirtschaft, der politischen Demokratie und insgesamt der freien Gesellschaft. In Anlehnung an die Konzeption des Philosophen und Anthropologen, Max Scheler, unterscheidet er zwischen „Freiheit von" und „Freiheit für". Der erste Fall bedeutet eine Befreiung des Individuums von unterschiedlichen Zwängen, die seinen Handlungsspielraum auf verschiedene Weise einschränken. Im zweiten Fall geht es um Verantwortung für die „Freiheit von". Sie soll so genutzt werden, dass die Entscheidungen und Handlungen des Menschen in Übereinstimmung mit gültigen Regeln der Moral und Ethik stehen und sowohl ihm als auch seiner Familie und der Gesellschaft als Ganzes nachhaltigen Nutzen bringen. Erhard zitierte in solchem Kontext Johann Wolfgang von Goethe: „Ja, diesem Sinn bin ich ganz ergeben; das ist der Weisheit letzter Schluss: Nur der verdient sich Freiheit und das Leben, der täglich sie erobern muss" [Zitiert nach: Wünsche 2015: 371].

Die Formulierung von Goethe aufgreifend, kann festgestellt werden, dass der Kampf des Individuums um die alltägliche „Eroberung" der Freiheit im Zusammenhang mit der Meinung Erhards über die Vorteile und Nachteile der Konkurrenzmärkte betrachtet werden soll. Die Effizienzvorteile der marktmäßigen Allokation wurden von Erhard hoch geschätzt. Andererseits war ihm auch klar, dass die Märkte sich durch eine ihnen immanente Tendenz zur Differenzierung der Einkommen und Vermögen auszeichnen. Starke und schlaue Marktspieler machen auf verschiedene Weise die schwächeren Individuen von sich abhängig bzw. verdrängen sogar diese von Marktgeschehen in die Erwerbslosigkeit. Dies schränkt radikal die Freiheit der Betroffenen ein, sowohl die „Freiheit von" als auch die „Freiheit für". Im realen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben gibt es demzufolge immer mehr Unzufriedenheit sowie wachsende Spannungen und Konflikte. Erhard suchte nach einer zufriedenstellenden Lösung für das eigentlich „ewige" Verteilungsproblem jeglicher marktwirtschaftlicher Ordnun-

gen. Sein Auftreten kann zu intensiven wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Instabilitäten führen, die unter ungünstigen Umständen sogar eine weitere Existenz von individueller Freiheit, Marktwirtschaft und Demokratie in Frage stellen können. Der Zusammenbruch der Weimarer Republik war für ihn ein abschreckendes Beispiel.

Auf der Suche nach Lösung des Problems sich in Marktwirtschaften immer wieder reproduzierenden sozialen Ungerechtigkeiten knüpfte Erhard an die nach dem Ersten Weltkrieg in Deutschland bekannte These Franz Oppenheimers von „Bodensperre". Nach Meinung ihres Verfassers sperrt das Großeigentum an Boden den nicht besitzenden Schichten der Gesellschaft den Zugang zur landwirtschaftlichen Tätigkeit als Quelle zur Finanzierung ihres Lebensunterhalts. Dies zwingt den Menschen den Verkauf ihrer Arbeitskraft an die Eigentümer von Produktionsmitteln in der Industrie und anderen nicht landwirtschaftlichen Sektoren der Volkswirtschaft auf. Die Lösung dieses grundlegenden Problems sah Erhard allerdings nicht in der – seiner Meinung nach – wenig realistischen Beseitigung der Bodensperre und dem Übergang der Marktverlierer zur Beschäftigung als freie Landwirte auf dem vom Staat zur Verfügung gestellten freien Boden. Der Bonner Wirtschaftsminister sah eine andere Möglichkeit. Die Wirtschaftspolitik soll dafür sorgen, dass es für die Betroffenen prinzipiell mehrere als bisher Erwerbschancen für eine andere die bisher verlorene Basis der materiellen Existenz gibt [Zitiert nach: Wünsche 2015: 37]. Den Schlüssel dazu sah Erhard in der Politik der Sozialen Marktwirtschaft und der Verwirklichung ihrer Grundziele – der Vollbeschäftigung, stabiler Preise und konsequenter Implementierung der Parole „Wohlstand für alle", was eine Verringerung der gesellschaftlich nicht akzeptablen großen Einkommensunterschiede und möglichst breite Streuung des Vermögensbesitzes in der Gesellschaft impliziert.

Ähnlich wie der weltbekannte amerikanische Publizist Walter Lippmann in seinem 1937 veröffentlichten Buch *The Good Society* war Erhard überzeugt, dass der Kampf um die Ausweitung der „Freiheit von" alleine nicht ausreicht, um diese im längeren (historischen) Zeithorizont zu stabilisieren. Denn es fehlt noch eine Konzeption zur Einrichtung und Stabilisierung einer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung [Lippmann 1937]. Erhard stellte sich als Aufgabe, diese grundlegende Schwäche des liberalen Denkens zu beseitigen. „Für ihn war mithin klar: Die Verteidigung von Wirtschaftsfreiheit allein kann keine zureichende, die Freiheit sichernde Politik sein. Wirtschaftsfreiheit kann auf Dauer nur durch eine auf sozialen Frieden bedachte Politik gewahrt werden. Erhard hat diese politische Aufgabe – die Aufgabe, eine wirtschaftlich und sozial zufriedenstellende Wirtschaftsentwicklung zu garantieren – im Begriff der Sozialen Marktwirtschaft zusammengefasst" [Wünsche 2015: 37]. Insbesondere in diesem Zusammenhang soll die wirtschaftliche und soziale Bedeutung der Parole "Wohlstand für alle" betrachtet werden. In dieser durchaus komfortablen Situation des allgemein

zugänglichen Wohlstands verringert sich die existenzielle Abhängigkeit einzelner Individuen von den Reichen und Mächtigen bzw. von den Staatsbehörden. Mit dem Einsatz von anderen Mitteln zielt das eigentlich in die gleiche Richtung wie der Vorschlag zur Beseitigung der „Bodensperre". Die Verwirklichung der Parole „Wohlstand für alle" wurde allerdings nicht nur als Politik verstanden, die versucht eine möglichst hohe Befriedung materieller Bedürfnisse breiter Bevölkerungskreise zu erreichen. Noch wichtiger war es für Erhard, dass der breit gestreute materielle Wohlstand einen möglichst hohen Grad der Absicherung von sozialem Frieden in der Gesellschaft garantiert. Sozialer Frieden stabilisiert wiederum die individuelle Freiheit der wirtschaftenden Subjekte sowohl „von" als auch „für".

Erhard war allerdings als Nationalökonom und Wirtschaftspolitiker kein von den Realitäten der Welt entfernter Intellektuelle, der vom materiellen Wohlstand, sozialen Frieden und langfristig stabilisierten Freiheit der Menschen nur träumte. Es war ihm völlig klar, dass materieller Wohlstand in der Marktwirtschaft nur dank der Erfassung des marktwirtschaftlichen Wirtschaftsprozesses im Rahmen einer Wettbewerbsordnung erreichbar ist. „Wohlstand für alle und Wohlstand durch Wettbewerb gehören untrennbar zusammen; das erste Postulat kennzeichnet das Ziel, das zweite den Weg, der zu diesem Ziel führt" [Erhard 1964: 9]. In diesem entscheidenden Punkt nähert er sich an den Kernpunkt der wirtschaftspolitischen Position des ordoliberalen Theoretikers Eucken [Pysz 2008: 164-184]. Eucken und sein enger Mitarbeiter, Franz Böhm, hoben mehrmals als einen neben der Effizienz nicht zu überschätzenden Vorzug der Marktkonkurrenz, dass sie eine Prozedur zur Machtminimierung sei. Durch ihre strukturellen Eigenschaften (sehr viele Anbieter und Nachfrager) schränkt sie die Möglichkeiten der stärkeren Marktteilnehmer die Freiheit der schwächeren einzuengen bzw. sogar zu beseitigen. Somit unterstützt sie auch den sozialen Frieden in der Gesellschaft. Unter Berücksichtigung des Besprochenen kann man folgender These von Wünsche zustimmen: „Erhards Soziale Marktwirtschaft ist sozusagen eine in sozialethischer Hinsicht zu Ende gedachte liberale Politik" [Wünsche 2015: 41].

2. Soziale Marktwirtschaft und Europa

Bekannt und berühmt ist der Spruch von Henry Kissinger über Rolle Deutschlands in Europa. Nach dem ehemaligen US-Außenminister sei Deutschland zu klein um Europa zu beherrschen und zugleich zu groß um in Europa langfristig Gleichgewicht der Kräfte möglich zu machen. Als die einzige realistische Option der Friedenssicherung bleibt also, Deutschland in Europa zu integrieren. Dies haben die westdeutschen Politiker nach 1945 gut verinnerlicht. Die Politik unter dem Bundeskanzler Konrad Adenauer und Erhard richtete sich ohne Wenn und

Aber auf die Übernahme der traditionellen Werte des europäischen Kulturkreises – *Liberté, égalité, fraternité*. Nach zwei verlorenen Weltkriegen war das seit Ende des 18. Jahrhunderts bestehende Interesse der Denker und Politiker an einem „deutschen Sonderweg" in Europa endgültig verschwunden. Die politische Klasse des Landes orientierte sich an Frankreich, Großbritannien und die Vereinigten Staaten Amerikas.

Aus dem Westen Europas und Nordamerika kamen demzufolge nach Westdeutschland die seinerzeit dominierenden wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Ideen. Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg war das der Keynesianismus, der allerdings sich erst in der zweiten Hälfte der 60-ger Jahre teilweise gegen den Ordoliberalismus und die Soziale Marktwirtschaft durchsetzen konnte [Mączyńska, Pysz 2014: 36]. Ungefähr 10 Jahre später wurde er in Deutschland der 80-er Jahre immer mehr verdrängt durch Neoliberalismus der *Chicago school of economics.* Diese vor allem von Milton Friedman verkörperte Art von Neoliberalismus bedeutete eine radikale Einengung der klassischen liberalen Idee. In den Vordergrund rückte hauptsächlich der materielle Aspekt der menschlichen Freiheit, verstanden vor allem als „Freiheit von". Dies bringen zum Ausdruck gängige Parolen der neoliberalen Denkschule wie Privatisierung, Deregulierung, Angebotsökonomie, „schlanker Staat" usw. Der Harvard Nationalökonom Dani Rodrik behauptete in Bezug auf den Neoliberalismus: „the difference between neoliberalism and classical liberalism (the latter being the foundation of neoclassical economics) is akin to the relationship between astrology and astronomy: neither astrology nor neoliberalism are sciences, but ideologies" [Rodrik 2002].

Die neoliberale Ideologie richtete nicht nur in Deutschland, aber auch in anderen Ländern Europas und woanders erheblichen Schaden an. „Allerdings sind hinter der Freiheit, die gern und leicht beschworen wird, die beiden anderen Grundwerte der Französischen Revolution, Gleichheit und Brüderlichkeit, immer mehr verblasst, die europäische Wertegemeinschaft ist zur Floskel verkommen. Europa kann der heutigen Welt kein geschlossenes Bild mehr von sich vermitteln. Schwindet die Nächstenliebe, ist auch das Prinzip der gleichen Freiheit gefährdet" [Leick 2015: 141]. Die neoliberale Ideologie hat nicht nur die Gleichheit und Solidarität in der Triade der europäischen Hauptwerte stranguliert, sondern darüber hinaus die vorher erwähnte „Freiheit für" kaum in Betracht gezogen. Schon vor mehreren Jahrzehnten wies auf die mit überzogenen Individualisierung des Menschen verbundenen Gefahren prophetisch Walter Hildebrandt. „Die großartige und umfassende Entfaltung des Individualismus, die wir bis in unsere Tage hinein beobachten können, hat als Folge ihrer rigoristischen Radikalität auf ihrer Rückseite eine Art chronische gesellschaftliche Unterernährung, soziale Defizite der mannigfaltigsten Form aufkommen lassen" [Hildebrandt 1973: 11]. So breitete sich schon in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine verantwortungslose „Freiheit von" immer mehr aus. Für Stabilität des sozialen Zusammenhalts der

Gesellschaft verfestigte sich in der Öffentlichkeit allmählich die höchst gefährliche Meinung, dass im modernen Kapitalismus die daraus folgende Gewinne privatisiert und die gesellschaftliche Verluste sozialisiert werden.

Tatsache ist, dass die Einkommens- und Vermögensunterschiede trotz des Wirtschaftswachstums in den letzten Dekaden weltweit unaufhaltsam größer geworden sind. Die dem ehemaligen US-Präsidenten John F. Kennedy zugeschriebene optimistische Meinung, dass die Flut alle Boote hebt, gilt seit Langem nicht mehr. Zahlreiche empirische Untersuchungen zeigen seit vielen Jahren beim Einkommenszuwachs den deutlichen Vorsprung der Oberschicht. Die Einkommen der Mittelschicht weisen dagegen eine stagnierende Tendenz auf. In vielen europäischen Ländern geht dies mit rückläufigen Einkommen der Unterschicht einher. Nach Meinung von Thomas Piketty nähern sich zurzeit die Einkommens- und Vermögensunterschiede in der westlichen Welt dem Niveau aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg [Piketty 2014: 327-328]. Im engen Zusammenhang damit steht die Massenarbeitslosigkeit. Unter der jungen Generation, insbesondere in den Ländern des Mittelmeerraums, erreichte sie dramatische Ausmaße.

Der soziale Zusammenhang in Europa bröckelte in den letzten Jahren immer mehr ab. Mit einem schwächelnden sozialen Zusammenhalt treten folgerichtig Phänomene auf, welche den sozialen Frieden in der Gesellschaft ernsthaft gefährden. Die Anschläge in westeuropäischen Großstädten scheinen dabei nur die Spitze des sprichwörtlichen Eisbergs zu sein. Dazu kommt die Radikalisierung des politischen Lebens. Der rechte und linke Rand der Gesellschaft trennen sich von der vor allem für gesellschaftliche Stabilität stehenden Mittelschicht immer deutlicher ab. Bei den Wahlen kriegen die radikalen Parteien vor allem auf der rechten Seite des politischen Spektrums deutlichen Zulauf. In den Straßen der Großstädte kommt es bei Demonstrationen zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Anhängern verschiedener politischer Strömungen. Die Regierungen reagieren darauf ziemlich einfallslos mit dem verstärkten Einsatz von Polizei und Armee. In das Vokabular der politischen Sprache kehrte der in Westeuropa scheinbar schon vergessene Begriff des Krieges zurück. Ein krasses Beispiel für das Auftreten von den sozialen Frieden destabilisierenden Tendenzen ist das im Jahr 2015 durch Anschläge der jungen Araber erschütterte Frankreich. So rächt sich nach vielen Jahrzehnten für das Land seine koloniale Vergangenheit, u. a. im Maghreb, sowie die fehlende kritische Auseinandersetzungen damit [Dietz 2015: 134-135].

Eine offene Frage bleibt, ob und wie die Politik der Sozialen Marktwirtschaft den die Gesellschaften destabilisierenden zentrifugalen Tendenzen entgegen wirken könnte? Ist Niedergang des vereinten Europas schon programmiert? Oder kann jedoch Hoffnung aus der Tatsache geschöpft werden, dass im langen europäischen Einigungsprozess seit 1945 bisher alle Krisen erfolgreich überwunden worden sind? Aus einigen auf einander folgenden Krisen ging Europa sogar gestärkt heraus.

Ausgehend vom im menschlichen Leben eigentlich unentbehrlichen „Prinzip Hoffnung“ kann hier auf die Chancen hingewiesen werden, die sich aus einer konsequenten Durchsetzung der Politik der Sozialen Marktwirtschaft für die verunsicherten und destabilisierten europäischen Gesellschaften ergeben könnten. In den nachfolgenden Punkten werden sie kurz zusammengefasst:

1. Die Politik der Sozialen Marktwirtschaft zielt auf die Einschränkung bzw. sogar Eliminierung der individuellen Macht auf den Märkten durch Gewährleistung und Stabilisierung einer lauteren Konkurrenz und stabile ordnungspolitische Rahmenbedingungen, die universellen Charakter haben.

2. Beseitigung der Machtverhältnisse auf den Märkten in Verbindung mit Respektierung und konsequenter Durchsetzung des Prinzips der materiellen Verantwortung für die Ergebnisse des Wirtschaftens, schafft günstige Voraussetzungen für das gleichzeitige Bestehen sowohl der „Freiheit von“ als auch der „Freiheit für“. Insgesamt bedeutet dies eine nachhaltige Absicherung der Freiheit wirtschaftender Subjekte.

3. Freiheit und Konkurrenz bilden die möglichst günstigsten Voraussetzungen für den in der Gesellschaft breit gestreuten materiellen Wohlstand. Gemäß Erhard soll das der „Wohlstand für Alle“ sein. Der Zustand einer gewissen Sättigung der materiellen Bedürfnisse fast aller Gesellschaftsschichten erweist sich erfahrungsgemäß als wirksamer Stabilisator sozialen Friedens.

4. Nach der Erfüllung der in den Punkten (1 bis 3) aufgeführten Bedingungen ist zu erwarten, dass die für Neoliberalismus typische Einengung des Freiheitsbegriffs auf die materielle Dimension der „Freiheit von“ überwunden werden kann. Die drei Bestandteile der Triade der französischen Revolution: Freiheit, Gleichheit und Solidarität werden wieder, zumindest in Annäherung, in einen Gleichgewichtszustand versetzt.

5. Die so interpretierte Politik der Sozialen Marktwirtschaft könnte also dem vereinten Europa in Form der Triade der französischen Revolution seine ursprüngliche Identität zurückgeben. Die Grundsatzfrage bleibt aber, ob es in Europa einen genug starken politischen Willen und im Sinne von Thomas Hobbes und Niccollo Machiavelli auch genug politische Stärke und Durchsetzungsfähigkeit gibt, um solchen anspruchsvollen Politikansatz wirksam durchzusetzen?

Auf die im Titel des Artikels gestellte Frage kann man also mit entschiedenen Ja antworten. Eine ganz andere Antwort würde sich dagegen aus der Fragestellung ergeben, ob Europa die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft implementieren kann und will? Hier sind leider beachtliche Zweifel angebracht[2].

[2] Da das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft mit dem deutschen Wirtschaftsmodell assoziiert wird, können die heutzutage aufgetretenen Spannungen zwischen angelsächsischen und deutschstämmigen ökonomischen Denkweisen die potenzielle Implementierung von Elementen dieses Konzepts beeinträchtigen. Mehr zu dem Vergleich zwischen dem Mainstream- und ordoliberalen ökonomischen Denken siehe: Moszyński 2015.

Bibliographie

Bokajło J., 2015, *Niemcy i ich Społeczna Gospodarka Rynkowa*, unveröffentlichtes Manuskript, Wrocław.
Dietz G., 2015, Das Gefühl der Erniedrigung, *Der Spiegel*, Nr. 50.
Erhard L., 1964, *Wohlstand für Alle*, 8. Aufl., Düsseldorf – Wien: Econ Verlag.
Eucken W., *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*, 7. Aufl., Tübingen: Mohr Siebeck.
Ferguson N., 2012, *The Great Degeneration. How Institutions Decay and Economies Die*, London: Allen Lane.
Fukuyama F., 2014, *Political Order and Political Decay. From the Industrial Revolution to the Globalization of Democracy*, New York: Farrar, Straus and Giroux.
Habermann G., 2000, *Vision und Tat – Ein Ludwig-Erhard – Brevier*, Thun: Ott Verlag.
Hayek F.A. von, 1983, *Die Verfassung der Freiheit*, 2. Aufl., Tübingen: J. C. B. Mohr (PAUL SIEBECK).
Hildebrandt W., 1973, *Das nachliberale Zeitalter*, Düsseldorf – Köln: Eugen Diederichs Verlag.
Krugman P., 2009, *How Did Economists Get It So Wrong?* „The New York Times", September 6.
Leick R., Die Macht der westlichen Moral, „Der Spiegel" 2015, Nr. 48.
Lippmann, W., 1937, *The Good Society*, London: Georg Allen.
Mączyńska E., Pysz, P., 2014, *Liberalismus, Neoliberalismus, Ordoliberalismus, Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik*, Heft 139, April.
Moszyński M., 2015, *Ordoliberalism and the macroeconomic policy in the face of the euro crisis*, Institute of Economic Research Working Paper 2015, No. 162, http://econpapers.repec.org/paper/peswpaper/2015_3ano162.htm [10.12.2015].
Piketty Th., 2014, *Das Kapital im 21. Jahrhundert*, 2. Aufl., München: C.H. Beck.
Pysz P., 2008, *Społeczna gospodarka rynkowa. Ordoliberalna koncepcja polityki gospodarczej*, Warszawa: WN PWN.
Rodrik D., *After Neoliberalism – What?*, Project Syndicate, 2002, www.project-syndicate. org/commentary/rodrik7/English.
Röpke W., 1994, *Die Lehre von der Wirtschaft*, 13. Aufl., Bern – Stuttgart – Wien: Verlag Paul Haupt.
Sloterdijk P., 2015, *Die schrecklichen Kinder der Neuzeit*, Berlin: Suhrkamp.
Streeck W., 2013, *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*, 4. Aufl., Berlin: Suhrkamp Verlag.
Wünsche H.F., 2011, *Ludwig Erhards Soziale Marktwirtschaft: Ursprüngliche Absichten und aktuelle Bedeutung*, Nürnberg: Ludwig-Erhard-Initiativkreis, Schriftenreihe.
Wünsche H.F., 2015, *Ludwig Erhards Soziale Marktwirtschaft. Wissenschaftliche Grundlagen und politische Fehldeutungen*, Reinbek – München: Lau Verlag.

Does Europe need Social Market Economy?

Summary. *The paper raises the question of whether the concept of Social Market Economy, originated in the western part of post-war Germany and largely influenced by Ludwig Erhard, could become a target economic model for the crisis-stricken 21st century Europe. Basically, the author answers in the positive. He argues that consistent pursuit of policies intrinsic to Social Market Economy might, by implementing the tripartite ideal of the French Revolution – e.g. Liberty, Equality, and Fraternity – help the united Europe of today restore its identity as well as social and economic stability. What remains uncertain, however, is whether Europe could find sufficient strength and political will to be able to embrace such policies.*

Keywords: *Europe, historical school of economics, Ordoliberalism, social market economy, economic system*